

# Kein Weg zurück

Die Einbahnregelung in der Vaterstettener Johann-Strauß-Straße bleibt bis auf weiteres bestehen

VON WIELAND BÖGEL

**Vaterstetten** – Einbahnstraßen sind nicht bei allen Verkehrsteilnehmern unbedingt beliebt, schließlich verursachen sie gewisse Umwege. Und das gilt nicht nur, wenn man darauf unterwegs ist, sondern gelegentlich auch, wenn man nur darüber spricht. So geschehen nun im Vaterstettener Bau- und Straßenausschuss, wo die Einbahnregelung in der Johann-Strauß-Straße Thema war. Die SPD hatte deren Aufhebung gefordert, nach fast einer Stunde Debatte zeigte sich aber, dass das Ziel eigentlich ganz woanders lag.

Der Grund dafür, dass die Johann-Strauß-Straße seit knapp elf Jahren nur noch in eine Richtung befahren werden kann, ist durchaus unerfreulich. Im November 2007 war ein Schulbus einer Schülerin über den Fuß gefahren, im Februar darauf wurde ein Schüler von einem Auto erfasst. Beide hatten Glück und wurden nur leicht verletzt, zwei Unfälle innerhalb weniger Monate ließen aber Forderungen nach mehr Verkehrssicherheit vor dem damaligen Schulzentrum – neben dem Gymnasium befand sich dort auch noch die Grund- und Mittelschule – laut werden. Nach den Osterferien 2009 war es dann so-

weit, die Einbahnregelung wurde eingeführt.

Allerdings hatte die einen Nebeneffekt: Nicht alle Schulbusse können mehr direkt vors Gymnasium fahren, sondern müssen eine Haltestelle dahinter, an der Verdistraße ansteuern. Ursprünglich waren es zwei Haltestellen, auf jeder Straßenseite eine. Doch weil sich Anwohner über die Schüler neben ihren Gärten beschwerten, wurde die nördliche Haltestelle 2011 abgebaut. Mit der Folge, dass der Schulbus nun eine Ehrenrunde auf der Verdistraße dreht, vor dem Feuerwehrhaus wendet und die südliche Haltestelle ansteuert.

Allerdings hat der jahrelange Buswendingverkehr den Hof der Feuerwehr arg in Mitleidenschaft gezogen. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Bürgermeisters Leonhard Spitzauer (CSU), selbst Feuerwehrkommandant in Parsdorf, war daher, den Vaterstettener Kameraden hier entgegenzukommen. Die vor neun Jahren abgebaute Haltestelle soll wieder her, mit etwas Abstand zum nächsten Wohnhaus. Dass man diese überhaupt entfernt hat, sei „ein Fehler“ gewesen, betonte der Bürgermeister nun auch in der Sitzung.

Ein Fehler sei aber auch, nun wieder eine Haltestelle aufzustellen, findet man bei



Nach zwei Unfällen ist in der Johann-Strauß-Straße eine Einbahnstraßenregelung eingeführt worden. Diese würde die SPD gerne wieder aufheben. FOTO: PETER HINZ-ROSIN

der SPD. Denn zwar kostet dies laut Manfred Weber von der Abteilung Tiefbau und Straßenverkehrsrecht nur rund 20 000 Euro. Die Genossen finden indes, dass man sich das Geld sparen könne, da ohnehin ein Verkehrsgutachten für die Johann-Strauß-Straße läuft. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass die Grund- und Mittelschule inzwischen umgezogen ist und das Grundstück ein Wohngebiet werden soll. Wie der Verkehr davor gestaltet wird, darüber gibt es unterschiedliche Ansichten, die Gemeinde hätte gerne eine Verkehrsberuhigung, Landratsamt und Polizei sprachen sich dagegen aus. Das Gutachten soll nun klären, was möglich und sinnvoll ist.

Auf jeden Fall sei dies doch die Verlegung der Buslinien in die Johann-Strauß-Straße, so Sepp Mittermeier (SPD) im Ausschuss, auch für das künftige Wohngebiet brauche es dort Haltestellen. Dass man dafür die Einbahnregelung aufheben müsse, sei kein Problem, schließlich sei diese nach dem Schulumzug nicht mehr nötig und bei Anwohnern wegen der Umwege und Verkehrsverlagerung in die Nebenstraßen umstritten. Das Gegenteil sei der Fall, argumentierte Weber, zum einen gebe es ja noch das Gymnasium und gegenüber den Kindergarten, zum anderen habe es, seit die Einbahnregelung besteht, nicht nur keinen Unfall sondern auch keine Beschwer-

den von Eltern, Schülern oder Lehrern über Verkehrsgefahren mehr gegeben. Und keine Beschwerden sei „das höchste, was der Verwaltung passieren kann“, wusste Spitzauer. Auf jeden Fall solle man nicht ohne Not und ohne das Ergebnis des Gutachtens abzuwarten, Fakten schaffen, denn das könne noch teurer werden.

Wie Weber auf Nachfrage von David Göhler (Grüne) erklärte, sei es nämlich mit dem Abschrauben der Einbahnstraßenschilder nicht getan. Auch die Straßenmarkierungen müssten abgeschliffen werden, „da sind wir leicht bei 20 000 Euro“. Göhler äußerte den Verdacht, dass es der SPD gar nicht so sehr um die Einbahnstraße und die neue Haltestelle vor der Schule gehe, sondern darum, die 20 000 Euro für das Provisorium in der Verdistraße nicht ausgeben zu müssen. Das sei ein Motiv, gab Mittermeier zu, das Geld dafür sei „zum Fenster rausgeschmissen“. Warum er dann nicht einfach beantrage, auf die Behelfshaltestelle zu verzichten, fragte Spitzauer. Es sei in dem Antrag darum gegangen, das Problem der Feuerwehr zu lösen, so Mittermeier, aber mit einem anderen Ansatz.

Den Antrag, bis zum Vorliegen des Gutachtens auf die Haltestelle in der Verdistraße zu verzichten, stellte schließlich Mittermeiers Fraktionskollegin, Zweite Bürgermeisterin Maria Wirmitzer. Was die CSU offenbar zunächst überraschte, sie beantragte eine Sitzungspause, um sich zu beraten. Das Ergebnis war dann aber eindeutig: Zusammen mit Drittem Bürgermeister Roland Meier überstimmten die Christsozialen SPD, Grüne und FDP, für den ursprünglichen Antrag der SPD auf Aufhebung der Einbahnstraße stimmten sogar nur die Genossen selbst.